

«Der Letzetunnel muss unwiderruflich Thema der Alpenkonvention sein»

Ein Gespräch mit Johannes Kaiser, Vorsteher von Mauren, über die aktuellen verkehrsthematischen Ereignisse

Die Weigerung der Vorarlberger Landesregierung, dem Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention zuzustimmen, weil davon auch Letzetunnel und S 18 betroffen wären, ist nach dem Ausstieg Österreichs aus der trilateralen Verkehrsstudie schon der zweite Affront gegenüber Liechtenstein. Wir haben den Maurer Vorsteher Johannes Kaiser zu dieser sich für Liechtenstein negativ entwickelnden Thematik befragt.

Mit Johannes Kaiser sprach Alexander Bailiner

VOLKSBLATT: Vonselten Österreichs ist jetzt zu vernennen, dass das Bundesland Vorarlberg als einziges von insgesamt 43 Mitglied-Regionen der Alpenkonvention nicht bereit ist, das gemeinsam ausgehandelte Verkehrsprotokoll zu akzeptieren bzw. zu unterzeichnen, weil das Letzetunnelprojekt und die S 18 ebenfalls darunter fallen würden. Die Intervention erfolgte praktisch in letzter Minute. Was hatten Sie davon?

Johannes Kaiser: Es ist unglücklich, wie Vorarlberg nun reihenweise versucht, vor allem den unmittelbaren Nachbarn Liechtenstein über den Tisch zu ziehen. Der erste Fall

Landesregierung Vorarlberg will Sonderregelung erzwingen

betrifft die Realisierung eines grossen LKW-Abstellplatzes beim Zollamt Schaanwald-Tisis, den auch die FL-Regierung

und Bundesminister Schmid stiegen aus dieser gemeinsam vereinbarten Geschichte aus, ohne auch hier die FL-Regierung zu informieren.

Nun der Ausstieg bzw. die Ohrfeige Nummer 3: Die Weigerung Vorarlbergs, das Verkehrsprotokoll zu unterzeichnen. Man muss sich vorstellen, dass 43 Regionen der Alpenkonvention – inklusive dem sog. «Partner» Österreich – die Formulierung dieses Verkehrsprotokolls in grenzübergreifender Zusammenarbeit minutiös genau erarbeitet haben und dass nun Vorarlberg in letzter Sekunde der Unterzeichnung die Verweigerung erteilt. Vorarlberg ist seit Mai dieses Jahres intensiv bestrebt, diese Unterzeichnung als einzige Region zu verhindern. Weiss unsere Regierung in Vaduz überhaupt davon? Kennt unsere Regierung das Schreiben von Landeshauptmann Sausgruber vom 17. Mai 2000 (vor 5 Monaten) an den Bundesminister Molterer in Wien etwa auch nicht?

Grund der Verweigerung: Die Landesregierung Vorarlberg will für Österreich eine Sonderregelung erzwingen, damit das Verkehrsprotokoll keinen Einfluss auf die S 18 und das Letzetunnelprojekt nehmen kann. Die Landesregierung Vorarlberg hat im Weiteren dieses Vorhaben an allen Umwelt-Organisationen und Gemeinden vorbei Richtung Ministerrat nach Wien verwiesen mit der Bitte, der zuständige Umweltminister Molterer – ein Parteifreund von Sausgruber – solle die Ermächtigung erhalten, im Sinne von Vorarlberg eine Änderung des Verkehrsprotokolls vorzunehmen. Dies ist wahrlich ein desasteriöses Vorgehen. Weiss unsere Regierung in Vaduz überhaupt davon? Wenn jede der insgesamt 43 Regionen mit dem Verkehrsprotokoll so umspringen würde, wie dies Vorarlberg jetzt tut, ist und war



Johannes Kaiser, Vorsteher von Mauren: «Wenn jede der insgesamt 43 Regionen mit dem Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention so umspringen würde, wie dies Vorarlberg jetzt tut, ist und war diese grossräumige und grenzübergreifende Zusammenarbeit absolut nutzlos. Der Letzetunnel muss unwiderruflich Thema der Alpenkonvention sein.» (Archivbild)

Regierung darin ertappen, dass sie von der Vorarlberger Landesregierung nicht ernst genommen und permanent über

Dies ist wahrlich ein desasteriöses Vorgehen

den Tisch gezogen wird. Ein solcher Umgang mit dem Nachbarn dürfte von unserer Regierung allmählich nicht mehr akzeptiert werden. Doch ihre Reaktionen sind immer gleich fad, wenn sie kapitulierend sagt: «Wir sind erstaunt», «Wir bedauern», usw.

Bei diesem Verkehrsprotokoll geht es gerade für Liechtenstein um eine essenzielle Sache. Es darf und kann nicht sein, dass Vorarlberg als einzige der 43 Mitglieder-Regionen mit dem Letzetunnel- und S-18-Projekt im Hinterkopf auf Kosten des Nachbarn – dies ist das Fürstentum Liechtenstein, ebenfalls eines von diesen 43 Mitgliedern der Alpenkonvention – eine Sonderregelung erzwingt. Wenn die FL-Regierung sich von Vorarlberg und damit von Österreich ein weiteres Mal vorführen lässt, ist ihre Verkehrspolitik im entscheidenden aller Punkte wirklich gescheitert. Dies vor allem auch deshalb, da die FL-Regierung den Vorarlbergern mit der Umfahrungsstrasse durch das Liechtensteiner Unterland von Staatsgrenze (Schaanwald) zu

Solange die Regierung die Umfahrungsstrassen-Idee nicht begräbt, leistet sie dem Letzetunnelprojekt tatkräftige Unterstützung. Zudem wissen wir, dass mit dem Nein der bisherigen S-18-Hochburgen Dornbirn, Lustenau, Lauterach und Wolfurt die S 18 im Sterben liegt.

Vorarlbergs Politiker Sausgruber, Gorbach, Rein, usw. klammern sich nun an den verbliebenen Strohalm namens «Letzetunnel». Dies im Wissen, dass mit dem Zutun Liechtensteins – sprich Umfahrungsstrasse durch das Unterland – nun auf der Höhe dieser Querspange die Rheintalautobahnen A14 (Frastanz) und A13 (Haag) verbunden werden können, ohne dass dies Vorarlberg weh tut. Bundesminister Schmid hat ge-

Solange die Regierung die Umfahrungsstrasse nicht begräbt, leistet sie dem Letzetunnelprojekt tatkräftige Unterstützung

rade kürzlich bestätigt, dass es sich bei der S 18 nicht um eine Entlastungsstrasse, sondern in Tat und Wahrheit um eine Transitstrasse handelt. Nichts anderes würde sich nun hier entwickeln.

Die Rechnung ist einfach: 1 plus 1 ist 2. Letzetunnel plus «Umfahrungsstrasse Liechtensteiner Unterland» ist eine Transitverbindung. Das ist das Ziel der Landesregierung Vorarlberg, und wenn die FL-Regierung dieses entscheidende «Spiel» nicht durchschaut, hat sie völlig kapituliert. Dies hat sie bereits schon, und nun bedient sie sich fleissig der Sprache Gorbachs, indem sie hartnäckig der Bevölkerung zu sug-

Letzetunnel muss unwiderruflich Thema der Alpenkonvention und damit des Verkehrsprotokolls sein

gerieren versucht, dass es sich beim Projekt im Liechtensteiner Unterland nicht um eine Umfahrungsstrasse handle, sondern um eine «Ersatzstrasse». Genau das Gleiche sagt Gorbach über das Letzetunnelprojekt in Feldkirch. Auf diese Weise ist Liechtenstein – insbesondere das Unterland – verkauft. Es gibt nur zwei Ziele für die FL-Regierung:

1. Der Letzetunnel muss unwiderruflich Thema der Alpenkonvention und damit des Verkehrsprotokolls sein.
2. Die FL-Regierung soll ihre (angekaufte) Transit-Umfahrungsstrasse durch das Liechtensteiner Unterland mit Letzetunnel-Anschluss endlich begraben. Damit würde sie der Unterländer Bevölkerung am meisten helfen.

Johannes Kaiser über die Podiumsdiskussion zum Letzetunnel

An der ORF-Diskussionsveranstaltung vom Donnerstagabend in Feldkirch zum Thema «Letzetunnel» (gestern im Volksblatt) sass der Maurer Vorsteher Johannes Kaiser nicht auf dem Podium. Seine Abwesenheit begründete er auf Anfrage des Volksblattes wie folgt:

«Meine Nicht-Teilnahme habe nicht ich, sondern der veranstaltende ORF bzw. Moderator Jürgen Schenkenbach entschieden. Es ging mir im Kernpunkt um die Besetzung des Podiums und um die isolierte Letzetunnel-Thematik. Gegenüber dem ORF-Moderator machte ich meine Teilnahme von meinem Anliegen der Podiums-Erweiterung abhängig. In dieser wichtigen Thematik erschien mir das einseitige Ausspielen von zwei Ländern nicht vertretbar und verantwortbar.

Es ging mir bei meinen Bestrebungen immer darum, dass diese Verkehrsthematik im Rheintal nicht nur auf das Letzetunnelprojekt be-

beschränkt wird und auch nicht nur auf das S 18-Projekt. Es geht hier im Dreiländereck und im Grossraum «Rheintal» um eine sehr ernste, sachbezogene und zukunftssträchtige Verkehrsproblematik. Um eine zielführende und sinnvolle Podiumsdiskussion führen zu können, wäre es meiner Ansicht nach wichtig gewesen, dass alle drei Länder an diesem Podium eingeladen worden wären, also die Schweiz, Österreich und Liechtenstein. Stattdessen wurden vom ORF mit Landesstatthalter Gorbach, Landesrat Rein und Bürgermeister Berchtold drei eingeschwehrene Letzetunnel-Befürworter aufgeboden. Mein Anliegen war, dass man von Vorarlberger Seite auch Bürgermeister Ludescher aus Frastanz, einen Vertreter der Plattform Letzetunnel sowie einen Vertreter der SPÖ und von Liechtensteiner Seite neben Regierungschef Frick und Regierungsrat Marxer auch eine Vertretung der Freien Liste einlädt. Herr Schenkenbach teilte mir dann per Fax mit, dass dieses Anliegen von ihm nicht erfüllt werde. Somit war ich also ausgelassen.

Ich hätte auch von der FL-Regierung erwartet, dass sie in diese Richtung ihre Forderungen an den ORF gestellt und sich nicht unkritisch mit dieser äusserst einseitigen Podiums-Besetzung abgefunden hätte. Diese Besetzung widersprach im Weiteren auch in hohem Masse der trilateralen Zielsetzung der Studien-Bearbeitung im Rheintal (CH, FL und A), bei welcher gerade Gorbach und Co. den Nachbarstaaten Liechtenstein und Schweiz mit dem einseitigen Ausstieg einen unpartnerschaftlichen Korb gaben.



befürwortete und bei dem sie einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Letzetunnel mit derselben Sprache wie Landesrat Gorbach in Abrede stellte. Erst nach intensiver Intervention der Gemeinde Mauren erteilte die Regierung diesem LKW-Parkplatz-Vorhaben schliesslich widerwillig eine Absage.

Der zweite Streich Österreichs war der nicht nachvollziehbare Ausstieg aus der trilateralen Studie zwischen der Schweiz, Österreich und Liechtenstein bezüglich dem Verkehrsaufkommen im Oberen Rheintal. Landesrat Gorbach

diese grossräumige und grenzübergreifende Zusammenarbeit absolut nutzlos. Der Letzetunnel muss unwiderruflich Thema der Alpenkonvention sein.

Kürzlich ist Österreich auf Druck von Landesrat Gorbach und Bundesminister Schmid aus der trilateralen Verkehrsstudie im Oberen Rheintal (Schweiz, Österreich, Liechtenstein) ausgestiegen. Jetzt folgt offensichtlich der zweite Ausstieg. Was bedeutet dies nach Ihrer Ansicht für Liechtenstein?

Langsam sollte sich die FL-